Enthält Regionalteil Europa

Lutherische Welt-Information

14 01

Aus dem Inhalt

LWB unterstützt Anstrengungen der Kirchen zur Beendigung des Syrien-Konflikts 3

Christen und Muslime: Die Sprache der Hoffnung 5

Religiöse Führungspersonen aus Südsudan fordern Waffenruhe 9

LWB leistet Hilfe für Betroffene der Krise in Zentralafrikanischer Republik 11

Pf. Martin Junge verabschiedet sich von einer Bewohnerin Onepolos während eines Besuchs der LWB-Delegation in Onepolo in der Provinz Cunene/ Angola. Foto: Daniel Cica

Neujahrsbotschaft 2014 des LWB-Generalsekretärs

Aber das ist meine Freude, dass ich mich zu Gott halte (Psalm 73, Vers 28)

Liebe Schwestern und Brüder in Christus,

mit grosser Freude sende ich Ihnen Grüsse im neuen Jahr, welches nun vor uns liegt und uns die Möglichkeit gibt, weiterhin Zeugnis abzulegen für Gottes Liebe und Fürsorge für alle Menschen und die ganze Schöpfung.

„Aber das ist meine Freude, dass ich mich zu Gott halte“ lautet die Losung für das Jahr 2014. Fürwahr eine grosse Freude!

Und doch wissen wir, wie leicht wir Gottes Gegenwart in unserer Welt und in unserem Leben aus den Augen verlieren, insbesondere wenn jene Dinge in unserem Leben überwiegen, die nicht übereinstimmen mit dem, was Gott der Welt bringt: Gerechtigkeit, Friede und Versöhnung durch Jesus Christus. Jedoch hilft uns der Fokus auf Christus dabei, weiterhin darauf zu vertrauen, dass die Nähe zu Gott nicht unser Tun, sondern Gottes Tun ist. Es ist Gott, der sich uns nähert: fortwährend, unbeirrbar und beharrlich, und so schafft er jene Nähe, über die wir uns nur freuen können. Möge dieses Versprechen uns alle auf unserem Weg in das Jahr 2014 begleiten!

Im Büro der Kirchengemeinschaft des LWB schauen wir dankbar auf das Jahr 2013 zurück. Wir danken den Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen

Fortsetzung auf Seite 4

LUTHERISCHER WELTBUND

Eine Kirchengemeinschaft

Aus dem Inhalt

Communio

1 ..... Neujahrsbotschaft 2014 des LWB-Generalsekretärs
3 ..... LWB unterstützt Anstrengungen der Kirchen zur Beendigung des Syrien-Konflikts
4 ..... Neujahrsbotschaft 2014 des LWB-Generalsekretärs
5 ..... Christen und Muslime: Die Sprache der Hoffnung
6 ..... Neue lutherische Kirche in Jordanien „Symbol für Religionsfreiheit“
7 ..... Kirchen treten ein für eine „Ökonomie des Lebens“

Features & Themen

9 ..... Religiöse Führungspersonen aus Südsudan fordern Waffenruhe
10 ..... Massiver Zustrom südsudanesischer Flüchtlinge nach Uganda erfordert Ausweitung der humanitären Massnahmen
11 ..... LWB leistet Hilfe für Betroffene der Krise in Zentralafrikanischer Republik

Kurznachrichten

2 ..... Reformation als Weltbürgerin

Regionalteil Europa .....I-IV

Reformation als Weltbürgerin

Die Reformation ist, ausgehend von Wittenberg in Sachsen-Anhalt, zu einer Weltbürgerin geworden. Unter diesem Gedanken stand ein Treffen von Pf. Martin Junge, dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), und dem Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Stephan Dorgerloh, am 13. Januar 2014 im Ökumenischen Zentrum in Genf. Dorgerloh informierte sich dabei über die Aktivitäten des LWB anlässlich des 500jährigen Reformationsjubiläums in Wittenberg.

„Der Reformator Martin Luther hat nicht nur in Mitteldeutschland zu Reformen und tiefgreifenden Veränderungen geführt, sondern weltweit Spuren hinterlassen, die bis heute sichtbar und wirksam sind“, erklärte Kultusminister Stephan Dorgerloh. “Gleichwohl gilt, dass diese Spuren in Sachsen-Anhalt und vor allem in den Lutherstädten Wittenberg und Eisleben besonders sichtbar sind. Davon werden sich im Reformationsjahr 2017 Besucher aus aller Welt überzeugen können.”

Ein besonderer Fokus lag bei den Gesprächen auf einer Vorstellung des Globalen Netzwerks Junger Reformerinnen und Reformer. In den kommenden vier Jahren soll dieses internationale Netzwerk bis zu zehntausend junge Menschen weltweit in Projekten über die Reformation vernetzen, 2015 soll ein Treffen von 175 Delegierten aus aller Welt in Wittenberg stattfinden.

„Junge Menschen heutzutage haben eine globale Sicht der Dinge, und sind trotzdem vor Ort engagiert. Diese Perspektive ist sehr wertvoll, wenn wir darüber nachdenken, welche Rolle die Lutherische Kirche heute in der Welt spielen kann“, sagte Pf. Martin Junge.

2016 wird außerdem der Rat des LWB in Wittenberg tagen. Vor der Ratstagung, ist ein zweitägiger Pilgerweg durch die historischen Lutherstätten geplant. Mit dem gemeinsamen Weg soll des Weges der Reformation durch die ganze Welt gedacht werden. „Die zweit- und drittgrößte Mitgliedskirche des LWB befinden sich in Afrika“, sagte Junge. „Die Reformation ist zu einer Weltbürgerin geworden.“

Ein weiteres Jubiläumsprojekt ist der Luthergarten, der gemeinsam von LWB und der Stadt Wittenberg getragen wird.

Lutherischer Weltbund –
eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2
Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Leiterin der Kommunikationsbüro
Heidi Martinussen
hpm@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe
Herausgegeben gemeinsam mit dem Deutschen Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)

Layout
Stéphane Gallay
sga@lutheranworld.org

Vertrieb/Abonnement
Colette Muanda
cmu@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird als Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies nicht besonders vermerkt ist, nicht die Haltung oder Meinung des LWB oder seiner Arbeitseinheiten wieder.

Die in der Lutherischen Welt-Information mit „LWI“ gekennzeichneten Beiträge können kostenlos mit Quellenangabe abgedruckt werden.

LWB unterstützt Anstrengungen der Kirchen zur Beendigung des Syrien-Konflikts

LWB-Generalsekretär Junge nimmt an ÖRK-Konsultation zu Syrien teil

Genf (LWI) – Die globale Kirchenfamilie hat eine dringende und ökumenische Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung, die weiterhin am meisten unter dem andauernden Konflikt in Syrien leidet, so die Worte von Pfr. Martin Junge, Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, im Nachgang zweier Konferenzen in Genf (Schweiz).

Junge teilte seine Gedanken am Ende einer vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) organisierten Konsultation für KirchenleiterInnen aus Syrien und der ganzen Welt mit, die vom 15.-17. Januar im Ökumenischen Zentrum in Genf abgehalten wurde. Der Generalsekretär nahm auf Einladung des ÖRK an dem Treffen teil.

Vor der nächsten von den Vereinten Nationen gestützten internationalen Syrien-Konferenz in Genf am 22. Januar, der *Geneva II-Konferenz*, riefen die KirchenvertreterInnen während der ökumenischen Konsultation dazu auf, bei der Konferenz ernsthafte Anstrengungen zu unternehmen, um den bewaffneten Konflikt, zu beenden, der seit März 2011 andauert.

In ihrer Botschaft an die *Geneva II*-Konferenz, betonte die Gruppe die Notwendigkeit, die „bewaffneten Konfrontationen und Feindseligkeiten sofort zu beenden damit alle Schutzbedürftigen in Syrien und Flüchtlinge in den Nachbarländern angemessene humanitäre Hilfe erhalten". Die Konsultation drängte auf die Entwicklung eines „umfangreichen und inklusiven Prozesses zum Aufbau eines gerechten Friedens und Wiederaufbau des Landes", so die Worte einer ÖRK-Botschaft, welche von Lakhdar Brahimi, dem Syrien-Sondergesandten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, an die *Geneva* II-Konferenz übergeben werden soll.

Junge betonte wiederholt die Unterstützung des LWB für die ökumenischen Anstrengungen zugunsten eines dauerhaften Friedens in Syrien und sagte, dass eine politische Lösung im Land die Einhaltung des Völkerrechts und humanitärer Grundsätze garantieren müsse. „Der Schutz der Zivilbevölkerung ist nicht verhandelbar, sondern eine Grundbedingung", betonte Junge. „Ich fordere alle Beteiligten der *Geneva II*-Gespräche dazu auf, diese Verpflichtung als Voraussetzung zu sehen", fügte er hinzu.

Die grosse Zahl syrischer Flüchtlinge sorgt für Enge in den ohnehin überfüllten Klassenräumen der Mafraq-Region. Foto: LWB/Mats Wallerstedt

Humanitäre Hilfe verstärken

Der Generalsekretär äusserte grosse Betroffenheit über die wachsende Zahl von Vertriebenen in der Syrienkrise und betonte einmal mehr, dass „die Beendigung aller Feindseligkeiten unabdingbar", für die Friedensverhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien sei.

Ferner betonte Junge die Notwendigkeit, die humanitären Massnahmen zu verstärken. „Die Anzahl der Vertriebenen ist niederschmetternd: von 500.000 syrischen Flüchtlingen im Januar 2013 ist die Zahl auf heute 2,3 Millionen Flüchtlinge in der Region gestiegen. Dazu kommen weitere 9,3 Millionen Binnenvertriebene. Das darf nicht weitergehen, dieses Leiden muss beendet werden!"

Der LWB werde sich gemeinsam mit den Partnerorganisationen noch mehr dafür einsetzen, Flüchtlingen zu helfen und die Friedensbemühungen im Land und der gesamten Region zu unterstützen.

Flüchtlingshilfe in Jordanien

In der Mafraq-Region im nördlichen Jordanien versorgt das Nothilfeprogramm des LWB-Weltdienstes 4.000 Familien in Flüchtlingslagern und Gastgemeinschaften mit Winterhilfepaketen, die unter anderem Heizgas, Campingkocher, Heizradiatoren, Winterkleidung, Decken und Teppiche enthalten.

Weitere Unterstützung besteht unter anderem in der Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen. 1.700 syrische Flüchtlingsfamilien und JordanierInnen erhalten für die kommenden sechs Monate einen monatlichen Lebensmittelgutschein im Wert von 85 US-Dollar.

In Mafraq wird ein Schulerweiterungsprogramm fortgesetzt. Dessen Ziel ist es, die überfüllten örtlichen Schulen bis Ende des Jahres mit 30 neuen Klassenräumen zu verstärken, um Platz für syrische SchülerInnen, insbesondere

Mädchen, zu schaffen. Die Unterstützung des LWB für Flüchtlingsfrauen und die gastgebenden Gemeinschaften in Jordanien umfasst ein Einkommensbeschaffungsprogramm, um die syrischen Frauen in bezahlte Arbeit zu vermitteln. Zusätzlich dazu haben 800 Frauen aus der Region an einem Ausbildungsprogramm teilgenommen, das sie befähigt, für ihren eigenen Unterhalt zu sorgen.

Im Za'atari-Flüchtlingslager, in dem sich derzeit 124.000 syrische Flüchtlinge aufhalten, koordiniert der LWB ein Friedensprogramm für 1.500 Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren. Durch Kunst- und Spieltherapie, Sport und Gruppengespräche sollen die Jugendlichen eine Kultur des Friedens erfahren und psychosoziale Unterstützung bei der Verarbeitung ihrer Erlebnisse erhalten.

Das Land Jordanien hat bis Mitte Januar über 582.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen.

Die ÖRK- Erklärung anlässlich der Geneva II-Gespräche: www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/middle-east-peace/statement-for-geneva-2-talks-on-syria

Neujahrsbotschaft 2014 des LWB-Generalsekretärs

Fortsetzung von Seite 1

für die mannigfaltige Unterstützung, durch die der LWB weiterhin als Gemeinschaft von Kirchen arbeiten und Zeugnis ablegen konnte. Es gibt in der Tat guten Grund, zu feiern und Gott zu danken für das, was wir auf unserer gemeinsamen Reise erreichen konnten.

- Wir arbeiten zusammen: LWB-Kirchenleitende aus der ganzen Welt kamen zu zahlreichen lokalen, regionalen und globalen Konsultationen und Tagungen zusammen, um Themen wie Kapazitätsaufbau in den Mitgliedskirchen, lutherische Identität, Nachhaltigkeit, theologische Ausbildung, Diakonie und viele weitere zu besprechen. Die blosse Tatsache, dass wir zusammenkommen und zusammenarbeiten stellt für mich ein bedeutendes Zeugnis dar in Zeiten, in denen Zersplitterung und Rückzug zu dominieren scheinen.
- Wir engagieren uns für die Förderung einer theologischen Identität: Das Ausbildungsnetzwerk LUTEN (Lutheran Theological Education Network) wurde 2013 gegründet, um die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der lutherischen theologischen Ausbildung in der Gemeinschaft zu fördern.
- Wir entscheiden uns für Dialog: Die LWB-Mitgliedskirchen setzen ihre Auseinandersetzung mit Themen, die möglicherweise zu Spaltungen führen können, auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene fort. Ich bin dankbar, dass wir als Gemeinschaft von Kirchen auf das vergangene Jahr als ein Jahr blicken können, in dem wir uns trotz der Unterschiede und des unterschiedlichen theologischen Verständnisses weiterhin dafür engagieren, einander nicht abzulehnen, sondern uns weiter *gemeinsam* bemühen wollen, das Wort Gottes zu erkennen, wie es uns in Jesus Christus offenbart wurde.
- Wir glauben, dass es bei Religion um das Bauen von Brücken geht: Der LWB-Rat begrüsste und empfahl das Dokument „Fremde willkommen heissen", einen Verhaltenskodex für Religionsführerinnen und Religionsführer zur Arbeit mit und für Flüchtlinge. Das Dokument wurde vom LWB unter der Federführung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) mitformuliert. Zum Ende des Jahres organisierte die LWB-Abteilung für Weltdienst gemeinsamen mit internationalen muslimischen humanitären Organisationen einen Workshop in Amman, um zu untersuchen, wie Menschen des Glaubens zusammenarbeiten können, um Menschen in Not zu helfen.
- Wir dienen weiterhin den Leidenden: Im Herbst besuchte ich mit mehreren LWB-Vizepräsidentinnen und –Vizepräsidenten und Ratsmitgliedern Menschen in Nordnamibia und Südangola, die von der schweren Dürre dort betroffen sind. Das Elend der Menschen in der Region zu sehen, aber auch die Reaktionen unserer Mitgliedskirchen hat bei uns allen tiefe Spuren hinterlassen. Gleichzeitig sind wir sehr dankbar dafür, wie die LWB-Mitgliedskirchen dem Spendenaufruf für Namibia und Angola gefolgt sind und wir dank dieser grosszügigen Spenden nun die grundlegenden Bedürfnisse decken können.
- Wir setzen unser ökumenisches Engagement fort: Die lutherisch/römisch-katholische Kommission für die Einheit veröffentlichte die Publikation „Vom Konflikt zur Gemeinschaft", die vom LWB-Rat einstimmig entgegengenommen wurde. Es ist der allererste Versuch, die Geschichte der Reformation international zu beschreiben, die Entwicklungen seit der Reformation nachzuzeichnen und zu prüfen, vor welchem Hintergrund theologische Fragestellungen heute formuliert werden müssen. Der Bericht bietet auf lokaler und globaler Ebene schon jetzt eine solide Grundlage für gemeinsame Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum.
- Wir beziehen junge Menschen bewusst mit ein: Das „Young Reformers Network" (Netzwerk Junger Reformerinnen und Reformer) wurde ins Leben gerufen. Das Programm wird junge Menschen aus der ganzen Gemeinschaft im Vorfeld des Reformationsjubiläums zusammenbringen. Junge Menschen helfen uns mit ihren einzigartigen Perspektiven dabei, darüber nachzudenken, wie die lutherische Kirche immer reformiert wird und sich selbst reformiert. Können lutherische Kirchen solche Gedanken anstellen, ohne dabei bewusst junge Menschen miteinzubeziehen? Der LWB antwortet auf

diese Frage mit der Gründung des Netzwerkes, welches das Potenzial hat, bis zu 10.000 junge Menschen weltweit zusammenzubringen!

- Wir setzen uns für Gerechtigkeit in Beziehungen ein: Der LWB nahm das Grundsatzpapier zu Gendergerechtigkeit im LWB an und setzte somit sein Engagement für Fragen der Gerechtigkeit und den damit in Zusammenhang stehenden Beziehungen zwischen Mann und Frau fort. Das Grundsatzpapier soll den Mitgliedskirchen als hilfreiches Werkzeug dienen, mit dem sie im jeweiligen Kontext Fragen der Gendergerechtigkeit angehen können.
- Wir schätzen die weltweiten Ausdrucksformen der Reformation: Der LWB-Rat nahm die Einladung der LWB-Mitgliedskirchen in Namibia an, die Vollversammlung 2017 in Windhuk zu veranstalten. Mit dieser Wahl wollte der LWB-Rat betonen, dass die Reformation heute Weltbürgerin ist und dass sie viele Zentren und Ausdrucksformen hat. Die Vollversammlung wird eine historische und doch gleichzeitig auch zukunftsorientierte Feier sein, die zeitlich mit dem Reformationsjubiläum zusammenfällt. Es gibt vieles, auf das wir uns freuen dürfen.

Ich könnte noch viele weitere Beispiele aufzählen. Doch alle würden uns zu derselben grundlegenden Einsicht führen: Dank sei Gott, der so nah war und Leben schenkte und so unsere Reise als Gemeinschaft gestützt, inspiriert und geleitet hat. Dank sei Gott, der uns so nahe war, dass die Nähe und Vertrautheit unter uns und zu unseren leidenden Nächsten und der ächzenden Schöpfung möglich wurde.

Wir freuen uns auf das Jahr 2014, gespeist von der Hoffnung auf Gottes fortwährende Gegenwart auf unseren Wegen. Wir sind gespannt zu entdecken, was Gott in unserer Mitte und in dieser Welt weiterhin bewirken wird. Denn es ist gut, Gott so nahe zu sein!

Pfr. Martin Junge
LWB-Generalsektretär

Christen und Muslime: Die Sprache der Hoffnung

Konsultation über die Rolle der Religion in der Öffentlichkeit

Münster/Genf (LWI) – Um Religion in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, braucht man nicht erst Kirchen und Moscheen zu bauen. „"Wenn ich in den Bus steige, lässt der Fahrer meistens Koranverse vom Band laufen", beschreibt Pf. Dr. Mitri Raheb den Alltag in Bethlehem, Palästina. „Als Christ oder säkularisierter Moslem muss ich das aushalten, es sei denn, ich habe den Mut ihm zu sagen: Stell das bitte aus." Im Gegenzug erträgt die nichtchristliche Bevölkerung in Bethlehem jeden Freitag ein Verkehrschaos, wenn christliche Prozessionen die Strassen blockieren.

Ein religiöser Konkurrenzkampf in der Öffentlichkeit, der längst nicht nur im Nahen Osten stattfindet. Die christlich-muslimische Konsultation „Räume gestalten: Die Rolle des Glaubens im öffentlichen Raum" vom 9.-12. Januar 2014 in Münster führte die Erfahrungen von 35 Theologen aus 15 Ländern zusammen. Die Konsultation bildete auch den Auftakt zur ersten Kooperation des Lutherischen Weltbundes (LWB) mit einem Institut für Islamische Theologie dar, namentlich dem Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) in Münster, das die Fachtagung mit ausgerichtet hatte.

Dr. Dina El-Omari vom Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) in Münster begrüsst die Tagungsteilnehmer der Christlich-Muslimischen Konsultation über die Rolle des Glaubens im öffentlichen Raum. Foto: LWB/ E. Gano

Das Gebiet markieren

Im internationalen Erfahrungsaustausch wurde schnell deutlich, dass Religion in der Öffentlichkeit üblicherweise von Mehrheitsverhältnissen bestimmt wird. In öffentlichen Verkehrsmitteln, Einkaufszentren, Strassen und Schulen markieren Religionsgemeinschaften ihr Gebiet. Regionen mit unklaren Mehrheitsverhältnissen werden zum Schauplatz eines religiösen Wettstreits um die öffentliche Aufmerksamkeit. In vielen Ländern sind inzwischen die gesetzlichen Grundlagen für das Verhältnis von Staat und Religion zum Thema geworden.

„2012 gab es in Norwegen eine Verfassungsänderung, der zufolge das evangelische Luthertum nicht mehr Staatsreligion ist", berichtet Prof. Oddbjorn Leirvik

aus seinem Heimatland. „Stattdessen wurde ein unspezifisches Christentum gleichberechtigt mit dem Humanismus als nationales Erbe und Wertekanon der Gesellschaft definiert. Das ist eine klare Tendenz, Gott und religiöse Traditionen zur Basis von Nation und Werten zu machen." Auch wenn es zunächst anders wirkt, habe so das Christentum in Norwegen, Ungarn und anderen Ländern einen Weg gefunden, seine symbolische Vorherrschaft zu sichern.

Säkularität neu definieren

Religiöses Vormachtsstreben, nicht die Religion an sich, erschwert das Zusammenleben in multireligiösen Gesellschaften, so ein Zwischenergebnis der Tagungsteilnehmenden. Ausgerechnet die Untersuchung des Konzept von „Säkularität" und „säkularer Gesellschaft" in religiösen, legalen und soziologischen Kontexten ergab einen Ansatzpunkt für weiterführende Diskussionen.

„Ein säkularer Staat bedeutet nicht, dass der Staat frei von Religion oder sogar antireligiös eingestellt ist", erklärte Prof. Adnane Mokrani, der als tunesischer Moslem derzeit an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom lehrt. „Der Begriff umschreibt einen neutralen Staat, der alle BürgerInnen gesetzlich gleich stellt. Erzwungener Glaube ist Heuchelei und wird im Koran auf das Schärfste verdammt." Säkularität als gleichbedeutend zu sehen mit einer neutralen und religiös aufgeschlossenen Gesellschaft erfordere jedoch ein Umdenken. Pf. Lesmore Gibson Ezekiel und Dr. Imran Abdulrahman aus Jos, Nigeria beschrieben die religiösen Konflikte in ihrem Land. Stellvertretend für viele wandten sie ein, dass eine säkulare Gesellschaftsordnung in ihrem Land als „antireligiös" abgelehnt werden würde.

Schutz und Vertrauen

Bischöfin Dr. Antje Jackelén, designierte Erzbischöfin von Uppsala (Schweden) betonte, dass die christliche Theologie seit ihren Anfängen im Dialog mit dem säkularen Wissen in der Gesellschaft stand. Sie erklärte die Bedeutung von 1.Petrus 3,15 und trat für eine Theologie ein, „die in der Öffentlichkeit eine Sprache sucht, die motivieren und Hoffnung schenken kann. Und das geschieht nicht durch eine Theologie, die absolut ist. Es braucht eine Theologie, die in ihrer kritischen und selbstkritischen Reflektion entschlossen ist." Säkularität bedeute nicht, sich von Gott abzuwenden, bekräftigte Prof. Abdulziz Sachedina von der George Mason Universität in den Vereinigten Staaten. „Es bedeutet nur, dass wir anderen nicht unsere Meinungen aufzwingen, sondern im gegenseitigen Respekt an einer besseren Gesellschaft arbeiten."

Im theologischen Diskurs bedeutet dies, die lebensbejahenden Aspekte der Heiligen Schriften zu untersuchen und sich auf die Prinzipien zu berufen, welche den Schutz des menschlichen Lebens in den Mittelpunkt stellen. Solidarität nicht mit einer bestimmten Gruppe, sondern mit den Schwächsten der Gesellschaft wurde von den Teilnehmenden als verbindendes Moment bestimmt. Der interreligiöse Dialog müsse gestärkt werden, um die in pluralistischen Gesellschaften nötige Vertrauensbasis zu schaffen. Diese Ansicht wurde unterstrichen durch Erfahrungsberichte aus den Ländern der Tagungsteilnehmenden, in denen sich religiöse Gemeinschaften gegen extremistische Gewalt engagieren.

Nicht zuletzt sei auch die Zusammenarbeit von LWB und ZIT ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, wie ZIT-Institutsleiter Prof. Mouhanad Khorchide betonte: „Sie zeigt, dass wir nicht einen Dialog übereinander, sondern einen Dialog miteinander führen", sagte er. „Diese konstruktive Zusammenarbeit ist ein Beleg für unseren wichtigen Beitrag zur aktiven Beteiligung der Religionen in pluralistischen Gesellschaften."

Neue lutherische Kirche in Jordanien „Symbol für Religionsfreiheit"

LWB-Präsident Munib Younan weiht Kirche an Taufstätte in interreligiösem Festakt

Amman (Jordanien)/Genf (LWI) – Mehr als 200 Geistliche, Mitglieder des Königshauses und Gäste nahmen am 6. Januar an der Weihung der evangelisch-lutherischen Kirche in Bethanien jenseits des Jordans durch LWB-Präsident Bischof Dr. Munib A. Younan teil. Die Kirche, die zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL) gehört, steht an der Stelle, an der Johannes der Täufer Jesus im Jordan taufte.

„Eine neue Kirche zu weihen darf nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden, insbesondere nicht im Nahen Osten", sagte Younan, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land in seiner Predigt. „Viel zu oft sehen wir im Fernsehen, dass Kirchen zerstört und Gebetshäuser geschändet werden." Die Hilfe und Unterstützung vonseiten der königlichen Familie Jordaniens war eine „grosse Geste der Gastfreundschaft und ein Symbol für die Religionsfreiheit, die wir in Jordanien geniessen".

Pilgerstätte für Kirchen auf der ganzen Welt

Die ELKJHL bekam 2008 von Seiner Majestät König Abdullah des Haschemitischen Königreichs Jordanien Ländereien an der Taufstätte und wurde so eine von sieben Kirchen, die an dieser Stelle Land erhielten, mit der Hoffnung,

Lutherische Welt-Information
Regionalteil Europa
2014 01

Rumburger Familienzentrum Klíček wurde Kindergarten

„Kirchliche Kindergärten noch immer große Ausnahme“

Kinder und Erzieherinnen im neuen Kindergarten

Im Herbst 2013 konnte im Rumburger Pfarrhaus die Eröffnung des kirchlichen Kindergartens Klíček gefeiert werden. Bereits im Frühjahr 2012 wurde ein Teil des Pfarrhauses zu einem Familienzentrum umgebaut (LWI berichtete). Für unsere kleine Gemeinde ein weiterer wichtiger Schritt der Öffnung und Möglichkeit, Menschen über den Kreis der Gemeinde hinaus anzusprechen. Neben verschiedenen anderen Aktivitäten kamen im Familienzentrum in einem Zeitraum von über zehn Monaten Kinder aus der Roma-Kommunität und aus der Mehrheitsbevölkerung zu einem Vorschulkreis zusammen.

Die Erfahrung, wie schwer es ist, bei der pädagogischen Arbeit mit Kindern von kurzfristigen Förderprogrammen abhängig zu sein, war für uns entscheidender Impuls für das Bemühen um einen registrierten Kindergarten mit Anspruch auf regelmäßige staatliche Förderung. Wie viele Hürden zu überwinden sein werden, hat im Vorfeld jedoch wohl niemand von uns geahnt. Einige Ämter, Behörden und Lieferanten haben es uns nicht leicht gemacht. Es war und ist zu spüren, dass kirchliche bzw. nichtstaatliche Kindergärten in Tschechien noch eine große Ausnahme sind.

Finanziert wurde der Umbau in erster Linie durch Spenden. Der sächsischen Landeskirche, dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz, aber auch vielen Kirchgemeinden und einzelnen Spendern, die uns mit Aktionen und Kollekten unterstützt haben, gilt unser herzlicher Dank.

Vier der insgesamt 24 Plätze sollen vorrangig mit Kindern besetzt werden, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder der sozialen Stellung ihrer Familie benachteiligt sind. Unsere Pfarrgemeinde hat es sich zur Aufgabe gesetzt, für diese Kinder nach finanzieller Unterstützung zu suchen, um die Kosten für das Essen sowie einen Teil des Elternbeitrages zu übernehmen. Für das Miteinander und um der Anleitung zur Selbstverantwortung willen halten wir es aber für wichtig, dass auch sozial schwächere Familien einen bestimmten Anteil selbst zahlen. In den zurückliegenden Wochen hat sich gezeigt, dass dies eine Hürde ist. Zu groß scheint die Gewöhnung an soziale Förderprogramme, die zwar zeitlich begrenzt und unregelmäßig, aber kostenlos sind. So konnten bislang nur zwei Plätze mit Roma-Kindern besetzt werden. Die Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen, niedrigschwellige Nachmittagsprogramme und Veranstaltungen sind nach wie vor nötig, um langfristig Vertrauen zu schaffen.

Neben dieser sozialen Ausrichtung geht es uns aber natürlich auch darum, dem Kindergarten in gemeinsamen Aktionen, Projekten, Beratungen als Kirchgemeinde Partner zu sein und christliche Werte in das Miteinander von Erziehern, Eltern und Kindern einzubringen. Mit der Eröffnung des Kindergartens beginnt also eine neue spannende Etappe. Auch nach Ende der Bauarbeiten bleibt viel zu tun. Doch es sind in den vergangenen Monaten nicht nur leblose Wände errichtet worden. Viele haben Arbeit und Anstrengung, Geld, Zeit und Ideen einfließen lassen. Bereits jetzt hat der Kindergartenbau Menschen zusammengeführt und verbunden. Darauf lässt sich mutig weiterbauen.

EKBB/C. Šimonovská

Europäische Diskussion - Ein Artikel aus Rumänien

Zwischen „Armutsmigration“ und Verlust von Arbeitskräften

Die seit Jahresanfang geltende vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren in der EU sorgt weiterhin für alarmierte Debatten in den Medien und für Schlagabtausch in der Politik. In westeuropäischen Zeitungen und Fernsehsendungen wird besorgt über eine vermutlich zu erwartende „Armutsmigration“ und den Missbrauch von Sozialleistungen diskutiert, der Wortwechsel der betroffenen Regierungen wird aggressiver.

Reinhart GUIB, Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien

Das negative Image Rumäniens und Bulgariens vor allem in britischen und deutschen Medien hat auch damit zu tun, dass die beiden südosteuropäischen Länder wenig konkrete Fortschritte in der Justizreform und in der Bekämpfung der Korruption nachweisen können und seit mehreren Jahren mit innenpolitischen Krisen kämpfen. Hinzu kommen Durchschnittslöhne, die weit unter dem westeuropäischen Niveau liegen. Das alles führt dazu, dass viele rumänische und bulgarische Bürger bessere Jobs im Ausland suchen. Allerdings lässt die vom Westen befürchtete Welle der Armutszuwanderer bisher auf sich warten.

Mit der Formulierung „Wer betrügt, der fliegt“ fasste neulich die bayrische CSU ihren Ansatz zur Bekämpfung des „Missbrauchs der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung“ zusammen – und stieß damit auf Kritik, nicht nur aus den Reihen der SPD und der Grünen. Forderungen nach schärferen Regeln gegen Mehrfacheinreisen und Sozialhilfebetrug stellte allerdings auch der CDU-Politiker und Europaabgeordnete Elmar Brok, indem er vorschlug, Fingerabdrücke von Zuwanderern registrieren zu lassen. Daraufhin warf ihm der rumänische Premierminister Victor Ponta „Nazi-Denkweise“ vor. Die Führungsetage der EU beklagt die erhitzte Diskussion, hält einen massiven Anstieg der Einwandererzahlen für unwahrscheinlich und weist Forderungen nach eingeschränkter Freizügigkeit zurück.

In den rumänischen Medien werden die westeuropäischen Diskussionen kritisch reflektiert. Die Kommentatoren bemängeln das negative Rumänienbild im Ausland sowie den gravierenden Verlust qualifizierter rumänischer Arbeitskräfte, die bereits seit Jahren in reichere Länder auswandern. Ein gravierendes und von der Presse vielfach zitiertes Beispiel ist die rumänische Gesundheitsbranche: Nach Schätzungen des Ärzteverbands fehlen dem Land inzwischen etwa 40.000 Mediziner, außerdem sind zahlreiche Pflegekräfte, Ingenieure und IT-Spezialisten ausgewandert. Die einseitige Darstellung der Rumänen sei diskriminierend und unfair, so ein Kommentar des rumänischen Nachrichtenportals Hotnews. Schließlich gehören immer zwei dazu: Bei der Schwarzarbeit seien Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen verantwortlich.

Mehr Fairness in der Zuwanderungsdebatte forderte der Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien, Reinhart Guib. „Wer sagt ‚Wer betrügt, der fliegt‘, der bedient sich natürlich einer verletzenden und kränkenden Sprache. Das muss jenen, die diese Worte benutzen, klar sein, auch wenn es sich vielleicht ‚nur‘ um Wahlkampf handelt“, erklärte der Bischof in einem Interview mit dem epd. „Es ist mit Sicherheit nicht im Sinne der deutschen Bürger und schon gar nicht im Geiste eines gemeinsamen Europa“, fügte der Theologe hinzu. Es sei legitim, die Sozialsysteme vor Missbrauch zu schützen, doch pauschal alle Bürger Rumäniens und Bulgariens als potenzielle Gefahr hinzustellen, sei ungerecht, so der Theologe.

Christine Chiriac für SBZ

Der ungekürzte Artikel ist erschienen in der Siebenbürgischen Zeitung. Informationen und Abonnement unter **www.siebenbuerger.de/zeitung**.

Besuch aus Württemberg in Georgien

Pflegedienst als neues diakonisches Arbeitsfeld in Georgien

Viele alte Menschen leben in einfachen Verhältnissen. Der Pflegedienst der lutherischen Kirche hilft.

Im November erhielt die Evangelisch-Lutherische Kirche in Georgien (ELKG) gleich mehrfach Besuch aus Württemberg. Zwei Delegationen kamen zur Eröffnung der 1. Sitzung der V. Synode nach Georgien. Magdalene Lutz-Rolf war eine von den drei Besuchern der Delegation der Diakonie Württemberg. Die Gruppe widmete sich vor allem der Entwicklung und den Problemen der häuslichen Pflege in Georgien.

Nachdem die anderen Gruppenmitglieder schon abgereist waren, blieb Magdalene Lutz-Rolf noch zwei weitere Wochen in Tiflis, um Galina Kromm, die Leiterin des Häuslichen Pflegedienstes, in ihren Aufgaben zu beraten und zu begleiten. Sie besuchte Patienten zu Hause, traf sich mit Mitarbeitern, führte Umfragen und Interviews durch und lernte die Arbeit anderer Organisationen kennen. Der Häusliche Pflegedienst der ELKG wurde erst 2013 gegründet. Als Fachfrau mit viel Erfahrung konnte Frau Lutz-Rolf den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viele wertvolle Tipps geben:

„Ich war beeindruckt, was Galina Kromm in dieser kurzen Zeit schon aufgebaut hat. Pablo Fernándes, der Berater von Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), ist für sie ein kompetenter Begleiter und er war auch für mich ein wichtiger Ansprechpartner. Gespräche mit der Stadtverwaltung und Partnern der Diakonie der ELKG haben wir gemeinsam geführt und das Netzwerk der Pflege und Versorgung alter und armer Menschen weiter gestärkt.

Der Einsatz war weit mehr, als ich mir vorgestellt hatte, die Zeit ging schnell vorbei. Die Eindrücke waren manches Mal sehr bedrückend. Leben, Wohnen und Arbeiten in Georgien unterliegen anderen Maßstäben als in meinem Alltag zuhause. Doch die Zuwendung zum Menschen, besonders zu jenen, die auf Pflege und Versorgung angewiesen sind, ist die Grundlage unseres gemeinsamen christlichen und diakonischen Handelns.

Bei den Hausbesuchen lernte ich alte und pflegebedürftige Menschen in einfachsten Verhältnissen kennen. Sie fühlen sich häufig sehr einsam und sind für die Besuche der Pflegemitarbeiterinnen sehr dankbar. Oft sind diese die Einzigen, die zu ihnen in die Wohnung kommen. Wie gut, dass die Diakonie der ELKG einen häuslichen Pflegedienst eingerichtet hat. Doch nicht nur die Patienten, sondern auch die hoch engagierten und motivierten Mitarbeitenden des Häuslichen Pflegedienstes brauchen die Unterstützung und Anerkennung der Diakonie und ELKG.

Und auch in Borjomi gibt es engagierte Frauen und Männer, die mit Nana Kapanadze einen Pflegedienst gründen wollen. Die Erfahrungen von Galina Kromm und Pablo Fernándes sind dort sicher sehr hilfreich und ich wünsche allen viel Erfolg dabei!

Ich habe Georgiens Musik kennengelernt, das typische Essen sehr genossen und war beeindruckt vom Höhlenkloster in Varzivia im kleinen Kaukasus. Während meines Aufenthalts habe ich auch viel gelernt und wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Ich hoffe, dass ich zur Weiterentwicklung der Diakonie in Georgien beitragen konnte. Auf jeden Fall sind Galina Kromm und ich ein gutes Team und gerne will ich sie weiterhin - auch über die weite Entfernung hinweg - unterstützen. Wir hoffen auch auf ein Wiedersehen im Frühjahr 2014.

Ich danke allen für die Gastfreundschaft und besonders Galina Kromm und Pablo Fernándes für ihre freundschaftliche Begleitung. Ihnen allen und besonders den Mitarbeitenden in der Diakonie wünsche ich eine gute Zeit und Gottes Segen.“

ELKG

Bayern: **Handreichung zur Organspende erschienen**

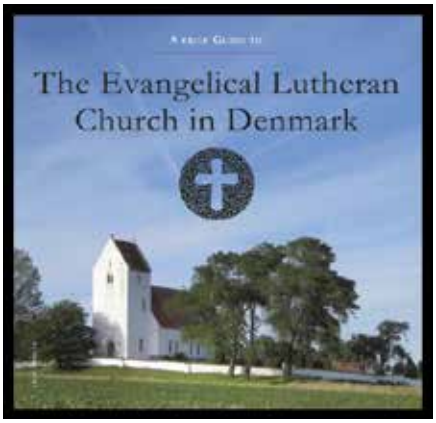
„Hilfestellung bei der Entscheidungsfindung, Information und Reflexion im Lichte des Evangeliums“: All dies soll die neue ELKB-Handreichung zur Organspende bieten, resümierte die Synodale Barbara Kittelberger. Ausgangspunkt zu der neuen Publikation der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern ist der geänderte gesetzliche Rahmen in Deutschland. Demnach ist jeder Mensch qua Gesetz aufgefordert, eine persönliche Entscheidung in Sachen Organspende zu treffen und diese Entscheidung zu dokumentieren.

Die Handreichung verschweigt nicht den strukturellen Konflikt zwischen einerseits einer Steigerung der Organspende und andererseits der Möglichkeit zur freien Entscheidung; denn beides wird mit der Transplantationsnovelle anvisiert. Die Handreichung richtet sich an eine breite Öffentlichkeit in Kirche und Gesellschaft, an die Verschiedenheit der Meinungen, Haltungen, Ansichten. Sie kann in Unterricht und Erwachsenenbildung ebenso eingesetzt werden wie in der Seelsorge und in der Fortbildung.

ELKB

Die Handreichung ist ab Mitte Februar erhältlich und kann unter **seelsorge@elkb.de** bestellt werden.

Dänemark: **Neues englisches Buch stellt Kirche vor**



Die Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark hat eine neue Kurzvorstellung der Kirche in englischer Sprache herausgeben. Das knapp 100-seitige Buch mit dem Titel „The Evangelical Lutheran Church in Denmark“ stellt die Kirche lokal, national und weltweit vor.

Die dänische Kirche ist im ganzen Land präsent. Circa 79% der Bevölkerung Dänemarks sind Mitglieder der Volkskirche. International gehört sie dem Lutherischen Weltbund an. Allerdings hat sie, wie andere Kirchen auch, einen ganz eigenen Charakter in der Kultur wie auch der Liturgie.

Das neue Buch wendet sich an alle Menschen, die kein Dänisch sprechen und nach einem klaren und knappen Überblick über die Geschichte, Struktur und heutige Bedeutung der Kirche für die dänische Gesellschaft suchen. Es wurde auf Initiative des Rats für Internationale Angelegenheiten der Evangelisch-Lutherischen Volkskirche in Dänemark veröffentlicht.

Rebekka Højmark Svenningsen (Hrsg.): A Brief Guide to the Evangelical Lutheran Church in Denmark

Österreich: **Bünker will mehr Flüchtlinge aufnehmen**

Der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker kritisiert Österreichs „Totstellen“ in der Flüchtlingspolitik und fordert eine Beteiligung am UNHCR-Resettlement-Programm. Derzeit finde eine „Herbergsuche in Eis und Schnee“ statt, sagte Bünker angesichts der Flüchtlingswellen aus Nordafrika. „Ich habe den Eindruck, Europa stellt sich tot und Österreich wohl auch.“ So begrüßt der Bischof etwa, dass 500 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen werden, dies sei aber „natürlich viel zu wenig“. Daher schlägt Bünker vor, Österreich solle sich - wie etwa Schweden - am Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR beteiligen: Dies ist die dauerhafte Neuansiedlung „besonders verletzlicher“ Flüchtlinge. Gleichzeitig rief Bünker – wie die europäischen Kirchen im Gesamten – zu reger Beteiligung an der Europawahl auf, „damit das Zukunftsprojekt nicht den Nationalisten überlassen wird.“

epdÖ

LUTHERISCHER WELTBUND
Eine Kirchengemeinschaft

Impressum
Herausgegeben vom
Deutschen Nationalkomitee des
Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)
im Auftrag des LWB

verantwortlicher Redakteur:
Florian Hübner (FH) · DNK/LWB
huebner@dnk-lwb.de
Tel.: +49 (0) 511/2796-437
Fax: +49 (0) 511/2796-182
www.dnk-lwb.de/lwi

Grafik & Layout:
Noémia Hopfenbach
www.hopfenbach.com

Druck:
Druckhaus Harms · Groß Oesingen

Bethanien jenseits des Jordans würde eine Pilger- und Taufstätte für ChristInnen aus der ganzen Welt werden.

„Wir werden diese Gebetsstätte auf dem Gedanken der Taufe und Tauferneuerung aufbauen“, sagte Pfr. Rolf Pearson, der zusammen mit seiner Frau, der Diakonin Kerstin Pearson von der Schwedischen Kirche entsandt wurde, diese Stätte zu betreuen. „Wir hoffen, dass Pilgerinnen und Pilger hier einen Ort finden, an dem sie spirituell erneuert werden können, an dem sie den religiösen, sozialen und politischen Kontext dieses Ortes verstehen lernen und an dem sie die Präsenz der Kirche im Nahen Osten erkennen.“

LWB-Präsident Bischof Dr. Munib Younan (li.) und LWB-Vizepräsident für die Region Afrika, Bischof Dr. Alex G. Malasusa, während der Weihung der Kirche in Bethanien jenseits des Jordans. Foto: ELCJHL

Grosszügige Unterstützung von LWB-Mitgliedskirchen

Der LWB-Vizepräsident für die Region Afrika, Bischof Dr. Alex G. Malasusa, weihte das Taufbecken und las einen Vers aus dem Römerbrief 6,3-5: „Wisset ihr nicht, dass alle, die wir in Jesus Christus getauft sind, die sind in seinen Tod getauft? So sind wir ja mit ihm begraben durch die Taufe in den Tod, auf dass, gleichwie Christus ist auferweckt von den Toten durch die Herrlichkeit des Vaters, also sollen auch wir in einem neuen Leben wandeln. So wir aber samt ihm gepflanzt werden zu gleichem Tode, so werden wir auch seiner Auferstehung gleich sein.“

Die ELKJHL hatte auch von verschiedenen LWB-Mitgliedskirchen und internationalen Partnerorganisationen grosszügige Unterstützung erhalten. „Es gibt keine Kirche, die für sich alleine bestehen kann“, sagte Younan, „wir sind alle voneinander abhängig und das hat uns dieses Projekt gezeigt“.

Younan fügte hinzu, er wolle Kirchen auf der ganzen Welt ermutigen, die Taufstätte in Jordanien in ihre Pilgerreise aufzunehmen. Weiter sagte er: „Für mich bedeutet pilgern, den eigenen Glauben und den Glauben Anderer neu zu beleben. Wir wollen, dass alle, die hierher pilgern, diesen Ort für Chöre, Konzerte, Gebete, Taufen und Hochzeiten nutzen. Diese Kirche ist eine Kirche für alle Menschen, zur Ehre Gottes.“

Kirchen treten ein für eine „Ökonomie des Lebens“

Bischof i. R. Dr. Zephania Kameeta: Hefe sein, die dafür sorgt, dass der Brotteig aufgeht

Genf (LWI) – Das ökumenische ExpertInnengremium, das mit der Aufgabe betraut ist, Möglichkeiten einer neuen internationalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur auszuloten, ist vom 15. bis 17. Januar in Genf zu seiner zweiten Tagung zusammengetreten. Es entwickelte Advocacy-Strategien, mit denen die Kirchen für Wirtschaftsgerechtigkeit und das ökologische Wohl der Menschen eintreten können, denen sie dienen. Das Gremium war, in der Folge einer Konferenz, die 2012 in São Paulo (Brasilien) stattgefunden und sich mit der Thematik einer neuen Wirtschafts- und Finanzarchitektur befasst hatte, im vergangenen Jahr vom Ökumenischen Rat der Kirchen, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, dem Lutherischen Weltbund und dem Council for World Mission

einberufen worden. Die Teilnehmenden der Konferenz in São Paulo hatten eine Erklärung vorgelegt, in der sie eine faire Wirtschaftsarchitektur skizzierten, die u. a. der Habgier Grenzen setzen und mit sozialen und ökologischen Aufgaben verantwortlich umgehen soll.

Die *Lutherische Welt-Information (LWI)* sprach mit Bischof i. R. Dr. Zephania Kameeta von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia (ELKRN), der Mitglied des LWB-Rates ist und in dem ExpertInnengremium den LWB vertritt. Vor dem Hintergrund der Situation in seinem Heimatland beschreibt Bischof Kameeta seine Vorstellungen von einer gerechten Volkswirtschaft.

LWI: Warum ist es Ihnen als Vertreter der ELKRN wichtig, in diesem Gremium mitzuwirken?

In erster Linie vertrete ich den LWB als Ratsmitglied. Gleichzeitig komme ich aber auch aus dem Süden. Ich finde das Thema sehr wichtig, weil man die ökonomische nicht von der ökologischen Krise trennen kann. Sie sind miteinander verflochten. In Namibia herrscht Dürre. Es hat seit mehreren Jahren nicht geregnet. Die Vegetation ist verschwunden, die Region wird zur Wüste. Die Existenz vieler Menschen hängt von der Viehhaltung ab, aber das Vieh verendet. Üblich ist traditionelle Kleidung, aber die Menschen können sie nicht mehr tragen, weil es immer kälter wird. In letzter Zeit habe ich gesehen, dass die Menschen jetzt Decken über ihrer schönen traditionellen Tracht tragen. Ihre Kinder kommen mit Erkältungen und Bronchitis ins Krankenhaus. Das sind die Auswirkungen des Klimawandels, er zerstört die Menschen und ihre Kultur. Aber die Menschen hier haben keine Autos, die Umweltverschmutzung, die den Klimawandel verursacht, kommt von anderswo. Das wiederum ist das Ergebnis einer falschen Wirtschaftspolitik.

LWI: In der Erklärung von São Paulo ist von einer „Ökonomie des Lebens" die Rede. Wie könnte so etwas in Ihrem Land aussehen?

Namibia ist sehr reich – wir haben Bodenschätze, Diamanten und Uran. Aber angesichts der bitteren Armut vom reichen Namibia zu sprechen, ist ein Skandal. Ich wünsche mir einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Wohlstand. Wir wollen, dass die Ressourcen gerecht verteilt werden. Die Wertschöpfung aus den Rohstoffen, die in Namibia abgebaut werden, sollte in Namibia stattfinden. Vielleicht fehlt es uns an den Fachkräften, um diese Aufgaben zu bewältigen, aber diejenigen, die über die Möglichkeiten verfügen, sollen in Namibia tätig sein, die Menschen hier ausbilden und hier, nicht in ihren Ländern, Arbeitsplätze schaffen! Wir regen überall, wo wir hinkommen, zur Diskussion über diese grundlegenden Fragen und zu entsprechendem Handeln an. Vielleicht werden wir so ein klein wenig zur Hefe, die dafür sorgt, dass der Brotteig aufgeht.

LWI: Die Erklärung von São Paulo fordert eine „aktive Radikalisierung unseres theologischen Diskurses". Was bedeutet das für Sie?

Mein Glaube an Jesus Christus radikalisiert mein Weltbild. Ich engagiere mich nur wegen meines Glaubens. In der Offenbarung sagt uns Christus: Ich mache alles neu. Das gilt für Tradition, Kultur, Politik, Wirtschaft, Geld usw. Unser Glaube radikalisiert uns also, so dass wir die Welt anders sehen.

LWI: Warum sollte die Kirche sich für politische und wirtschaftliche Fragen einsetzen?

Vor wie nach der namibischen Unabhängigkeit (1990) hiess es: Die Kirche sollte sich aus der Politik heraushalten. Wenn die Welt aber Gott gehört, können wir unsere Augen nicht vor dem Unrecht verschliessen, das in ihr geschieht. Die Bibel macht da keinen Unterschied. Mose wurde zum Pharao gesandt, um ihn aufzufordern: Lass mein Volk ziehen. Das ist ein politischer Akt!

„Wenn die Welt aber Gott gehört, können wir unsere Augen nicht vor dem Unrecht verschliessen, das in ihr geschieht", so das Fazit von Bischof i. R. Dr. Zephania Kameeta (ELKRN) zum Thema Wirtschaftsgerechtigkeit. Foto: LWB/C. Kästner

Die Erklärung von São Paulo unter dem Titel „International Financial Transformation for the Economy of Life" im Wortlaut: www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/poverty-wealth-and-ecology/finance-speculation-debt/sao-paulo-statement-international-financial-transformation-for-the-economy-of-life?set_language=en

Religiöse Führungspersonen aus Südsudan fordern Waffenruhe

LWB unterstützt Flüchtlinge des Konflikts vor Ort

Juba (Südsudan)/Genf (LWI) – Seit am 15. Dezember in der südsudanesischen Hauptstadt Juba Kämpfe ausbrachen, die sich später in den Osten des Landes ausweiteten, wurden Berichten zufolge rund 200.000 Menschen im eigenen Land vertrieben und 1.000 verloren ihr Leben. Laut Meldungen haben mehr als 23.500 Menschen in den Nachbarländern Zuflucht gesucht.

Als jüngster Staat der Welt erlangte der Südsudan nach jahrzehntelangen Konflikten 2011 offiziell seine Unabhängigkeit vom Sudan.

Der Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes ist es gelungen, die elementarsten Leistungen der Programme des LWB durch nationale und lokale Mitarbeitende aufrechtzuerhalten, obwohl die internationalen Mitarbeitenden aufgrund der schwierigen Sicherheitslage im Dezember evakuiert werden mussten.

In Zusammenarbeit mit Mitgliedern des ACT-Bündnisses und dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) bereitet der LWB derzeit Massnahmen zur Reaktion auf die Krise vor. Zwei internationale Mitarbeitende sind zurück in Juba und koordinieren die Beteiligung des LWB vor Ort.

Laut Arie den Toom, dem Vertreter der AWD im Südsudan, helfen die LWB-Mitarbeitenden, von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bereitgestellte Gebrauchsgüter an rund 600 Familien in Jonglei im östlichen Südsudan zu verteilen. Die Familien flohen vor den heftigen Kämpfen in Bor.

„Wir untersuchen derzeit gemeinsam mit dem UNHCR auch, wie wir unsere Arbeit für den Schutz von Kindern und die Bildung unter den Flüchtlingen aus den Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil wieder aufnehmen können“, erklärte den Toom.

Flüchtlinge, die der Krise im Südsudan zu entkommen suchen, bei ihrer Ankunft im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia. Foto: LWB/J. Macharia

Ausweitung der Hilfe in den Nachbarländern

Der LWB bereitet sich auch auf einen Flüchtlingsstrom in die Flüchtlingslager in Äthiopien, Kenia und Uganda vor, indem er zusätzliches Notfallpersonal anreisen lässt und untersucht, wie für die zahlreichen Neuankömmlinge Mahlzeiten und andere wesentliche Unterstützung bereitgestellt werden können.

„Die Zahl der täglichen Neuankömmlinge ist rasch gestiegen, von anfangs rund einem Dutzend auf derzeit 300 bis fast 400 Personen pro Tag“, erläuterte Lennart Hernander, Vertreter der AWD in Kenia. Die Mehrheit der 388 Menschen, die allein am 5. Januar eintrafen, waren Kinder.

„Die Massnahmen für den Schutz der Kinder, für Bildung in der Notsituation, für Wasser, Frieden und Sicherheit müssen rasch ausgebaut werden“, fügte Hernander hinzu.

Mit Hilfe eines Spendenaufrufes des ACT-Bündnisses sollen die Aktivitäten in den Nachbarländern des Südsudans unterstützt werden, um denjenigen Menschen zu helfen, die gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen.

Aufruf zu sofortigem Waffenstillstand

Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist der LWB im Südsudan tätig und leistet in der Hauptstadt Juba und in den Bundesstaaten Jonglei, Unity und Obernil humanitäre Hilfe.

Die Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Tausenden von Betroffenen erfüllen den LWB mit grosser Trauer. Er ruft dringend zu einer Beendigung der Gewalt und zu weiteren Gesprächen auf, wie AWD-Direktor Pfr. Eberhard Hitzler erklärte.

„Wir machen uns grosse Sorgen um die Menschen, die nach Jahren des Bürgerkrieges müde und nun erneut mit einer Konflikt- und Gewaltsituation konfrontiert sind“, so Hitzler.

„Die Geschichte hat gezeigt, dass keine militärische Lösung dem Südsudan Frieden bringen kann. Wir brauchen einen sofortigen Waffenstillstand und eine politische Lösung um der Tausenden von Menschen willen, die sehr stark unter dem bewaffneten Konflikt leiden.“

Der Direktor des AWD fügte hinzu, es gäbe auch glaubwürdige Berichte

LWB-Mitarbeiter im Kakuma-Flüchtlingslager koordinieren die Lebensmittelausgabe an neu registrierte Flüchtlinge aus dem Südsudan. Foto: LWF/James Macharia

über Massentötungen und andere Menschenrechtsverletzungen durch staatliche und nicht-staatliche bewaffnete Akteure. Er rief zu einer dringenden, entschlossenen und wirksamen Verbesserung des Schutzes der Zivilbevölkerung durch die Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS) auf.

Am 5. Januar veröffentlichten südsudanesische ReligionsführerInnen eine gemeinsame Erklärung, in der sie unter der Überschrift „Gott rette unsere Nation, den Südsudan" einen sofortigen Waffenstillstand forderten.

Darin ist zu lesen: „Wir streben dringend nach Frieden und einer Waffenruhe und laden die Welt ein, einzugreifen und der weitverbreiteten Tötung von unschuldigen Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen, die ohne Grund sterben, sowie dem Missbrauch im ganzen Land ein Ende zu setzen."

Gleichzeitig riefen die religiösen Führungspersonen die Nachbarländer und die internationale Gemeinschaft dringend auf, mit der politischen Führung des Südsudans in Kontakt zu treten, um den Konflikt zu beenden. „Wir sind des Krieges müde, wir brauchen Frieden und ein Frieden im Südsudan ist ein afrikanischer Frieden", heisst es in der Erklärung.

Massiver Zustrom südsudanesischer Flüchtlinge nach Uganda erfordert Ausweitung der humanitären Massnahmen

LWB will Unterstützung für Tausende von Neuankömmlingen täglich erhöhen

Adjumani (Uganda)/Genf (LWI) – Innerhalb von drei Tagen hat sich die Zahl der Flüchtlinge aus dem Südsudan, die im Adjumani-Distrikt im nördlichen Uganda eingetroffen sind, verdoppelt: Am 9. Januar waren es 24.105 Personen. Der grosse Zustrom setzt die ugandischen Flüchtlingslager stark unter Druck und erfordert eine Ausweitung der humanitären Massnahmen. Der Lutherische Weltbund versorgt die Flüchtlinge mit Seife und anderen Bedarfsgegenständen. Er plant weitere Unterstützung durch Wasserversorgung, Hygieneartikel, Unterkünfte und andere Gebrauchsgüter.

„Wasser ist hier ein grosses Problem. Ich habe seit mehr als sieben Tagen nicht geduscht –schauen Sie sich nur meine Füsse an", erzählt die 61-jährige Tabisa Nyabol und zeigt auf ihre Füsse. Die mit ihren Enkeln im Schatten einiger Decken sitzende Nyabol kam am 1. Januar hierher. „Wir wurden noch nirgends registriert, es sind so viele

Tabisa Nyabol und ihre Enkel in Adjumani, Uganda. Foto: ACT-DCA-LWB/Mai Gad

Menschen“, sagt sie und hebt ihre Hände in einem Anflug von Verzweiflung.

Nyabol ist eine von Tausenden von Menschen, die vor den jüngsten Kämpfen im Südsudan geflüchtet und ins Aufnahmezentrum Dzaipi im Distrikt Adjumani im nördlichen Uganda gelangt sind. „Ich hörte von meinem Zuhause in Bor (Bundesstaat Jonglei) aus Schüsse, während ich und meine Enkel schliefen. Wir rannten los. Mein Sohn wurde getötet. Er wusste nicht, dass ich weggelaufen war, und versuchte, zurückzurennen, um mich zu retten“, erzählt sie.

„Ich habe nicht nur meinen Sohn verloren, sondern auch meinen gesamten Besitz zuhause. Die Rebellen nahmen mir meine 30 Kühe und zehn Ziegen weg“, berichtet Nyabol, die nichts von ihren Habseligkeiten mitnehmen konnte. Gemeinsam mit ihren Enkeln flüchtete sie vor dem Konflikt, sie waren mehr als zwei Tage zu Fuss und mehrere Tage mit Boot und LKW unterwegs.

Schätzungen des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) zufolge gibt es 300.000 Binnenvertriebene und rund 60.000 Personen flüchteten in die benachbarten Länder Äthiopien, Kenia und Uganda. Das UNHCR rechnet damit, dass die Zahl der Flüchtlinge auf 125.000 und die der Binnenvertriebenen auf 400.000 ansteigen könnte.

Zusätzliche Unterstützung nötig

Bis zum 9. Januar waren mehr als 32.000 südsudanesische Flüchtlinge nach Uganda gelangt. Doch die Zahl der Neuankömmlinge steigt immer noch an und schwankt derzeit zwischen 4.000 und 5.000 Personen täglich.

„Es gibt so viele Bereiche, in denen wir Unterstützung brauchen. Das Aufnahmezentrum Dzaipi ist überfüllt und wir haben uns vorgenommen, es bis in einer Woche zu räumen und die Menschen in dauerhafte Ansiedlungen zu überführen. Die grössten Probleme sind Wasser und Abwasser, Hygiene und Nahrung“, erklärt Titus Jogo, der Nothilfe-Koordinator des Büros des ugandischen Premierministers (OPM).

Der LWB war unter den ersten, die im Aufnahmezentrum die Flüchtlinge mit dem Nötigsten unterstützten. „Wir haben bis heute sieben Tonnen Waschmittel, 2.000 Becher und Teller für den Anfang mitgebracht, warten aber darauf, dass das UNHCR und das OPM die Verteilung koordinieren“, erklärt Eugen Emuron, der LWB-Nothilfe-Koordinator.

„Die Zahl der Flüchtlinge ist schon jetzt sehr hoch und jeden Tag kommen viele Neuankömmlinge hinzu. Die grössten Herausforderungen sind Unterkünfte, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und die Hygiene“, meint auch Cathy Mavenjina, Senior Community Service Assistant des UNHCR.

Der LWB plant weitere Hilfsleistungen, darunter die Versorgung mit sauberem Wasser, die Entsorgung von Abwasser und Hygieneartikel (WASH) und die Verteilung von Gebrauchsgütern wie Kochgeschirr und Geschirr, Wasserkanister, Seife und Decken sowie Unterkünfte und psychosoziale Betreuung.

(Beitrag von Mai Gad und Agnete Rishoej)

Der LWB im Gespräch mit Arbeitern im Adjumani Distrikt in Norduganda, wo eine neue Siedlung entstehen soll. Foto: ACT-DCA-LWF/Agnete Rishøj

Weitere Informationen zur Reaktion des LWB auf die Krise in Südsudan sind zu lesen in englischer Sprache unter: www.lutheranworld.org/content/emergency-south-sudan-conflict

LWB leistet Hilfe für Betroffene der Krise in Zentralafrikanischer Republik

Warme Mahlzeiten und andere Hilfsgüter werden bereitgestellt

N'Djamena (Tschad)/Genf, 13. Januar 2014 (LWI) – Die Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes leistet Nothilfe für Tausende Menschen, die vor der Gewalt in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) fliehen. Die Gewalt hat sich Ende letzten Jahres zugespitzt.

Jan Schutte, AWD-Vertreter im Tschad, erklärte, der LWB beobachte weiterhin die Situation und arbeite mit der Regierung zusammen, um die Bedürfnisse zu ermitteln.

Neu angekommene Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik bekommen im Flüchtlingslager in Dosseye im Süden des Tschads eine warme Mahlzeit. Foto: LWB-Tschad/S. Dalou

Zusammen mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) stellt die AWD warme Mahlzeiten für die Flüchtlinge bereit, die aus der ZAR in den Tschad fliehen. Laut Angaben der AWD eskalierte die Krise in der Zentralafrikanischen Republik im Dezember. Während der letzten Wochen fielen allein in der Hauptstadt Bangui mehr als 1.000 Menschen dem religiös motivierten Konflikt zum Opfer.

Die Afrikanische Union hat mehr als 4.000 Soldaten in die Zentralafrikanische Republik entsandt, während die ehemalige Kolonialmacht Frankreich weitere 1.600 Soldaten stellte.

Aufgrund der wachsenden Gewalt begann die Regierung im Tschad am 21. Dezember über Land- und Luftweg mit der Evakuierung der tschadischen Staatsangehörigen, die die ZAR verlassen wollen. Mehrere Hunderttausend TschaderInnen lebten in der Zentralafrikanischen Republik, viele bereits seit mehreren Generationen. Der Tschad beherbergt indessen 70.000 Flüchtlinge aus der ZAR.

Zahlen des LWB/AWD-Programms im Tschad zufolge, wurden bereits 15.000 Personen evakuiert, darunter hauptsächlich Frauen, Kinder, Verletzte und Alte. Acht Übergangszentren wurden aufgebaut. Zwischen 3.000 und 7.000 Menschen warten auf ihre Evakuierung aus der Hauptstadt Bangui.

Während der letzten Wochen sind Tausende TschaderInnen vor der Gewalt in der ZAR geflohen und in den Tschad zurückgekehrt.

Die Zentralafrikanische Republik ist seit dem Sturz des damaligen Präsidenten Francois Bozizé im März 2013 von Gewalt gebeutelt. Medienberichten zufolge ist der Konflikt zunehmend religiös motiviert und bestimmt durch Zusammenstösse zwischen der hauptsächlich muslimischen Séléka-Miliz mit christlichen Gruppen.

Die Regierung des Tschads bittet internationale Organisationen und die eigene Bevölkerung um Hilfe bei der Unterbringung, beim Transport und bei der psychosozialen Betreuung der Flüchtlinge aus der ZAR. Mohammed Abdiker von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sagte, die Organisation sei bereit zu helfen, brauche aber die finanziellen Mittel hierfür.

„Wir müssen gegenüber unseren Geldgebern und Partnern darlegen, dass das Leben von Migrantinnen und Migranten in grosser Gefahr ist“, so Abdiker.

Der LWB erwartet eine neue Lieferung von Hilfsmitteln des „Lutheran World Relief“, die 13.500 Decken, 1.500 Erstausstattungen für Säuglinge und 2.500 Grundausstattungen für Schulkinder umfasst. Der LWB wird einige dieser Hilfsmittel den von der Krise Betroffenen zur Verfügung stellen. Das LWB/AWD-Programm im Tschad wird die Situation weiter beobachten.

LWI-Nachrichten finden Sie online unter:
www.lutheranworld.org

Lutherischer Weltbund
– Eine Kirchengemeinschaft
Route de Ferney 150, Postfach 2100
1211 Genf 2, Schweiz
Tel. +41.22/791.61.11
Fax +41.22/791.66.30
E-Mail info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org